

# Weltomer Kreisblatt.



erhalten:  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags.  
Abonnementpreis 1 Mark 25 Pf.  
pro Quartal.  
Abonnementen werden von sämtlichen  
Post-Anstalten, Briefträgern und den  
Agenten im Kreise angenommen.

Inserate  
werden in der Expedition:  
Berlin W., Potsdamer Straße 26d.  
sowie in sämtlicher Annoncen-Bureau  
und den Agenturen im Kreise angenommen.  
Preis der einfachen Petit-Zeile  
über deren Raum 20 Pfennige.

Ar. 29.

Berlin, den 10. März 1887.

31. Jahrg.

## Rundschau.

**Unser Kaiser** nahm am Dienstag den Vortrag des Grafen Verponder entgegen, erledigte mehrere Regierungsgeschäfte und empfing den kommandirenden General v. Pape, welcher sich bei dem Kaiser nach längerer Krankheit als wieder hergestellt meldete. Mittags arbeitete der Kaiser mit dem General v. Albedyll und unternahm später eine Spazierfahrt.

**Heber den am Sonntag** stattgehabten Empfang des Reichstagspräsidenten bei Seiner Majestät dem Kaiser wird folgendes mitgeteilt: Nach kühnlicher Begrüßung der Herren bemerkte der Kaiser, es sei ihm schwer geworden, den letzten Reichstag aufzulösen, doch sei er dazu genötigt gewesen, da die Mehrheit die Militärvorlage in dem als unabweisbar notwendig erkannten Ur-Ange abgelehnt hätte. Man hätte hoffen müssen, daß eine solche Vorlage nach dem Beispiel Frankreichs einstimmig zur Annahme gelangt wäre, allein diese Hoffnung wäre erloschen. Um so erfreulicher wäre es, daß man sich jetzt bestimmt der Erwartung hingeben dürfte, das Volk mit großer Mehrheit angenommen zu sehen. Bezüglich der Stellung zum Papste, auf die der Kaiser ein besonderes Gewicht legte, betonte er, er habe schon bei der Thronbesteigung des Papstes dessen huldvollen Sinn erkannt und ihn deshalb auch in dem Streit um die Karolineninseln zum Schiedsrichter angerufen. Diese Friedensrichtung des Papstes bereite dem Kaiser auch zur Befriedigung, die streitigen Wirren würden sich bald friedlich lösen. Hierauf unterrichtete sich der Kaiser in huldvoller Weise mit den einzelnen Herren und verabschiedete dieselben mit dem Wunsch geduldigster Geduld der Reichsarbeiten. Auch die Kaiserin und die Kronprinzlichen Herrschaften empfingen das Präsidium.

**Dem Bundesrats** ist ein Gesetzentwurf wegen der Einquartierung von Offizieren während des Friedens, sowie wegen des Reiches betreffend die Naturalleistungen für die berechnete Wacht im Frieden zugegangen.

**Der preussische Kultusminister** hat angeordnet, daß beim Rechnenunterricht in den preussischen Schulen das Mies-Papier zu 1000 Wogen gerechnet werden soll und daraufhin auch die einschlägigen Rechenbücher geprüft werden.

**Die Nordd. Mgl. Ztg.** schreibt über das Verhalten der Elsaß-Lothringer zu den Wahlen. „Unzweifelhaft hat das Resultat der Wahlen in Elsaß-Lothringen zu Gunsten des französischen Chauvinismus gewirkt. Die Chancen eines Angriffs auf Deutschland erscheinen den Franzosen mit den Wahlen zum Reichstage in einem besseren Lichte, weil sie aus denselben die Hoffnung auf eine thätigere Unterstützung seitens des Reichslande geschöpft haben, die Kriegspartei in Paris ist dadurch gestärkt worden. Im Jahre 1871 hat das Deutsche Reich den Elsaß-Lothringern alle Schäden an Mobilien und Immobilien ersetzt, welche im Laufe des Krieges seitens des französischen oder deutschen Heeres durch Beschädigung oder durch Verwüstung zu militärischen Zwecken verursacht worden waren. Eine derartige Freigebigkeit würde nicht am Platze sein, sie würde sich als Schwäche kennzeichnen, wenn wir jetzt nochmals in einen Krieg mit Frankreich verwickelt würden. Mögen die Elsaß-Lothringer dann zu sehen, wie sie sich helfen: sie haben den Krieg mit verschuldet und können von uns nicht verlangen, daß wir ihnen die Lasten desselben tragen helfen. Darüber sollte die reichsländische Bevölkerung sich klar werden, und sie sollte weiter bedenken, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sie heute ungleich schwerer treffen wird, als es in den Jahren 1870/71 der Fall war. Der Kampf wird sich voraussichtlich zwischen den Festungsgürteln der beiden kriegführenden Länder abspielen, also in Elsaß-Lothringen, und es ist keine Aussicht darauf vorhanden, daß der Kriegsschauplatz in kurzer Zeit wechseln werde.“

**In den Reichslanden** ist an die Bezirkspräsidenten eine Verfügung des Staatssekretärs v. Hofmann ergangen, wonach in Genehmigung desselben aufgelöst werden sollen: Vereine, in welchen deutschlandliche Bestrebungen vorkommen, welche die Aufnahme einwanderter im öffentlichen Dienste stehender Personen oder gewesener Militärs versagen, welche solche Mitglieder nicht ausschließen, die wegen politischer Vergehen bestraft wurden oder die sich der Widersetzlichkeit gegen Anordnungen der Behörden oder eines provinzialen Beträgers gegen Deutsche schuldig machen. Die Fortdauer der früher erteilten Genehmigung ist an folgende Bedingungen geknüpft: Ausländer können nur mit Genehmigung des Bezirkspräsidenten ein Vereinsamt bekleiden, Vereinsabzeichen und Vereinsstrachen unterliegen der Genehmigung des Bezirkspräsidenten; Marschmusikern, aus Trommeln und Clairons bestehend, sind nicht gestattet, ebenso nicht das Blasen oder Spielen militärischer und insbesondere französischer Signale. Die Verfügung bezieht sich auf Musik-, Gesang-, Turn-, Fecht-, Schieß-, und sonstige Sportvereine.

**Oesterreich-Ungarn.** Auf einer am Montag in der Kester Hofburg abgehaltenen Soiree drückte der Kaiser Franz Joseph dem Delegationspräsidenten Smolla seine Freude über den glatten Verlauf der Session aus und bemerkte, das einmütige Votum der Delegationen werde das Ansehen der Monarchie stärken und eine Bürgschaft des Friedens sein, der hoffentlich erhalten bleiben werde. — In Wiener diplomatischen Kreisen hält man die Lage trotz der Hinrichtungen in Rußland für keineswegs für bedrohlich und bezweifelt, daß Rußland sich zur Besetzung Bulgariens entschließen wird. Es scheint auch, daß die zur Zeit in Pest weilenden Vorkämpfer Frankreichs und Italiens, sehr beruhigende Mitteilungen über die Absichten ihrer Regierungen abgegeben haben.

**Frankreich.** Der französische Kriegsminister will, wie nach einem Pariser Telegramm der „Kölnischen Ztg.“ aus guter Quelle verlautet, vor 1888 keine theilweise Mobilmachung vornehmen, daß Gerücht über die nahe bevorstehende Mobilmachung des XI. Armeekorps wird als grundlos bezeichnet.

**England.** Im englischen Cabinet hat sich ein Ministerwechsel vollzogen. Der Staatssekretär für Irland hat seine Entlassung genommen. Wie es heißt, steht er im Widerspruch mit seinen Kollegen in der irischen Frage. Sein Nachfolger ist der Staatssekretär für Schottland. — In verschiedenen Städten Irlands sind Unruhen vorgekommen. In Ballinacorney kam es zu heftigem Kampf zwischen Aufständlichen und Polizisten, wobei auf beiden Seiten viele Verwundete waren. Ebenso wird aus Tyrone von einem zwischen Katholiken und Protestanten ausgebrochenen Tumult berichtet, bei dem Polizeibeamte mit Revolvern einschreiten mußten, wobei 2 Personen verwundet wurden.

**Rußland.** Zu dem bulgarischen Anstand nimmt der russische Regierungs-Anzeiger Stellung in einem Artikel, welcher zum Schluß lautet: „Tief beunruhigt über das unruhige Verhalten sich die kaiserliche Regierung in dem Anstand einen neuen Beweis für die anomalen Bewegungen, unter denen Bulgarien leidet. Indem aber die kaiserliche Regierung nichtsdankbarer die Hoffnung noch nicht aufgibt, daß das Land wieder eine Ordnung erhält, die die gesetzlichen Rechte des bulgarischen Volkes in zuverlässiger Weise sichern wird, beachtet sie auch ferner dasselbe Verhalten zu beobachten, von dem sie sich bisher in der bulgarischen Frage leiten ließ und das in den früheren Mitteilungen der Regierung klar gelegt war.“ — Aus Petersburg wird zum Geburtsstag des deutschen Kaisers auch eine Deputation höherer Offiziere nach Berlin kommen.

**Italien.** Am Dienstag stellte sich das italienische Ministerium wiederum den Kammern vor. Von einzelnen oppositionellen Abgeordneten wird zweifellos versucht werden, neue Vermischlungen herbeizuführen aber die Mehrheit hat die Widerstandsfrage abgelehnt und wird die Versuche, weitere Schwierigkeiten zu inkentzen, abweisen. — Nach Massanah ist eine große Zahl von Geschützen abgegangen. — In Sizilien ist die Cholera ausgebrochen. Für die von dort kommenden Schiffe ist bei jeder fremden Fahrt eine 5 tägige Observation, bei emporgeworfenem Cholerafall oder ernstlich verdächtiger Erkrankung eine 21 tägige Quarantäne angeordnet worden.

**Bulgarien.** Die Regierung hat alle verfügbaren Streitkräfte aufgebieten, um etwaige weitere Aufstände sofort im Keime zu ersticken zu können. Die Hinrichtung der Rebellen von Kustschuk findet im ganzen Lande den lautesten Beifall. Derselbe wurde an 8 Offizieren von 36 Mann ausgeführt. Der neunte zum Tode verurteilte Offizier wurde von dem deutschen Konsul als russischer Unterthan reklamirt. Ein Widerspruch gegen die Exekution in Kustschuk ist von keiner Seite erfolgt. Die Türkei mißt sich nicht ein. Im Gegentheil haben der Sultan und die Porte der Regentenschaft in Sofia ihre Glückwünsche zur raschen Unterdrückung des Aufstandes übermitteln lassen. Der türkische Kommissar Niza ist eifrig thätig, definitive Zustände herbeizuführen. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang, von den in Sofia Verhafteten sind bereits wieder mehrere auf freien Fuß gesetzt worden darunter der frühere Minister Sarafow und der Schwiegerohn Rantow's, Luscanow. Der gleichfalls verhaftete frühere Minister Nisiforow behauptete, er sei geneigt, seine frühere Ministerstelle zu verlassen, er sei geneigt, seine frühere Ministerstelle zu verlassen, er sei geneigt, seine frühere Ministerstelle zu verlassen. Eine amtliche Untersuchung bestätigte diese Behauptung nicht. — In Kustschuk hat das Kriegsgericht eine Anzahl von Unteroffizieren und Soldaten zu mehr oder minder harten Strafen verurtheilt. — Flugblätter der Rebellen, die den gefährlichsten Ton anschlagen und in den niedrigsten Schmähungen sich ergreifen, sind in großer Zahl konfisziert, desgleichen bedeutende Geldsummen. Die Verhafteten haben über außerordentliche Mittel verfügt. — Ein Dekret der bulgarischen Regentenschaft, betreffend Einberufung der großen Sobranje, soll unmittelbar bevorstehend sein. Die Regentenschaft werde von der Sobranje die Verlängerung ihrer Vollmachten verlangen.

## Parlaments-Nachrichten.

Berlin, 7. März.

Das Präsidium des Reichstages wurde gestern von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige in Audienz empfangen. Die bei dieser Gelegenheit von Allerhöchster Stelle ausgesprochene Erwartung, daß der neugewählte Reichstag die Militärvorlage annehmen werde, wurde durch die heutige erste Lesung der Militärvorlage, welche nur etwa 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm, in vollem Umfange bestätigt. Die Debatte ward mit wenigen eindringlichen Worten von dem Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff eingeleitet. (Der Fürst Reichskanzler, welcher gegen 2 Uhr im Hause erschien, hatte keinen Anlaß, sich an der Debatte zu betheiligen.) Unmittelbar nach dem Kriegsminister erhielt der Führer der National-liberalen, Abg. v. Bennigsen, das Wort, um für die unverzügliche Annahme mit patriotischen Worten einzutreten. In gleichem Sinne sprachen die Abg. v. Hellendorff (deutschkons.) und v. Kardorff (Reichspart.), während von der Opposition das Wort nahmen der Abg. Windthorst (Centrum), welcher weitere Entschlüsse für die zweite Lesung vorbehielt, und der Abg. Richter (deutschkons.), der erklärte, daß seine politischen Freunde an ihrem früheren Standpunkte festhielten und daß sie einen Reichseinkommensteuereurwurf demnächst einbringen

würden. Der sozialdemokratische Abg. Singer erklärte ebensmäßig, daß auch seine Partei auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt beharre. Schließlich erklärte Abg. Dr. Reichensperger (Centr.) daß er seine Stellungnahme zur Vorlage den weiteren Stadien der Vorlage vorbehalte. — Eine kommissarische Berathung war von keiner Seite beantragt, die Vorlage wird also im Plenum zur zweiten Lesung kommen, vorher aber findet morgen die erste Lesung des Etats statt.

Berlin, den 8. März.

Der Reichstag erledigte heute in einer wiederum sehr kurzen Sitzung die erste Lesung des Etats. Derselbe gleicht, abgesehen von einigen durch die Verhältnisse gebotenen Änderungen, durchaus demjenigen Etat, welcher dem aufgelösten Reichstage bereits vorgelegen und zum guten Theile auch von diesem schon durchberathen war. Die Parteien kamen denn auch dahin überein, daß ein erheblicher Theil desselben gar nicht der Budgetkommission zu überweisen, sondern alsbald im Plenum zu erledigen sei. In der heutigen Debatte sprach außer dem Staatssekretär des Reichsschatz-amts Dr. Jacobi, welcher die Diskussion mit einem kurzen Vortrage einleitete, die Abg. Frhr. v. Huene (Centrum), Frhr. v. Waldahn-Wülk (deutschkons.), Richter (deutschkons.), v. Vanda (nat.-lib.) und Kobbé (Reichspart.), in deren Ausführungen die Ziele der allseitig als notwendig anerkannten Steuerreform und besonders auch die von freisinniger Seite in Aussicht genommene Reichseinkommensteuer den Grundgedanken bildeten. Diese letztere Steuer wurde nur von den Urhebern derselben vertheidigt, während die Gegner aller anderen Parteien, wenn nicht verfassungsmäßige, so doch praktische Bedenken gegen dieselbe hatten, da man davon ausging, daß der Ausbau der direkten Steuern Sache der Einzelstaaten sei, die Mehreinnahmen des Reiches aber durch einen weiteren Ausbau der indirekten Steuern beschafft werden müßten. Im Uebrigen ging die Ansicht im Allgemeinen dahin, daß man die Initiative für die Steuerreform der Regierung überlassen müsse und daß die in der Thronrede erwähnten Einwürfe, auf welche der Herr Schatzsekretär in seinem einleitenden Vortrage Bezug genommen hatte, abzuwarten seien. Morgen zweite Berathung der Militärvorlage erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend Änderungen des Militärpensionsgesetzes, und erste Berathung des Militärreliefgesetzes.

## Brandenburgischer Provinziallandtag.

Im Ständehaus zu Berlin wurde am Sonntag Mittag vom Oberpräsidenten, Staatsminister a. D., Dr. Uehlenbach, die 13. Sitzungsperiode des Brandenburgischen Provinziallandtages mit einer Ansprache an die Versammlung eröffnet. Es erfolgte darauf die Wahl des Präsidenten, des Vicepräsidenten sowie von vier Schriftführern. Nachdem auf Sr. Majestät ein Hoch ausgebracht worden, begrüßte der Präsident, Graf v. Arnim-Boitzenburg, namens des Landtages den in der Sitzung erschienenen kaiserlich japanischen Gesandten Träger Teitiro Komatsubara in Berlin und den Geheimen Ober-Regierungsrath im japanischen Ministerium des Innern, Homeri. Alsdann theilte der Präsident mit, daß Sr. königl. Hoheit der Prinz Wilhelm habe den Wunsch geäußert, wiederum einer geselligen Zusammenkunft der Provinziallandtags-Abgeordneten beizuwohnen. Er halte es für angezeigt, daß der Provinziallandtag diese Gelegenheit benütze, Sr. königl. Hoheit zu der Geburt seines jüngsten Sohnes zu gratuliren. — Landesdirektor v. Levesow bemerkte, daß die Arbeiten des Provinziallandtages sich ohne Mühe im Laufe dieser Woche erledigen lassen werden. Hierauf wurden die verschiedenen Kommissionen gewählt und die Sitzung gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen.

In der nächsten am Dienstag stattgehabten Plenarversammlung des Provinziallandtages gelangte zur Mittheilung, daß am Donnerstag, den 10. d. M., Abends 6 Uhr, im Hotel „Kaiserhof“ ein Diner für die Provinziallandtags-Abgeordneten stattfinden wird, an welchem Prinz Wilhelm theilzunehmen gedenkt. In derselben Sitzung wurde Herr v. Levesow zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg auf weitere 12 Jahre einstimmig wiedergewählt. Derselbe nahm die Wahl dankend an, erklärte es jedoch nicht für unmöglich, daß persönliche Verhältnisse ihn im Laufe seiner Amtszeit nöthigen könnten, sein Amt niederzulegen und den Landtag um seine Entlassung zu ersuchen. Nach dem dem Landtage zugegangenen Verwaltungsberichte des Provinzialauschusses beträgt der Ueberschuß des Rechnungsjahres 1886/87 128,350 Mk. Für das Rechnungsjahr 1886/87 wird auf einen Ueberschuß von 100,000 Mk. gerechnet. Das neue Ständehaus wird voraussichtlich bis zu Oktober 1888 fertig gestellt werden. Die Grundstücke des Provinzialverbandes, Spanbauer Straße 59. und Bischofsstraße 18 in Berlin werden alsdann verkauft werden. Von dem mit Beihilfe des Provinzialverbandes hergestellten Nebenbahnen in der Provinz ist im letzten Jahre die sechste, die Bahn Ucker-Dahme, dem Betriebe übergeben worden. Die Bahn Schipkau-Finsterwalde ist im Bau so weit gefördert worden, daß hier der Betrieb etwa im Mai cr. wird eröffnet werden können. Die 5 älteren Bahnen ergeben befriedigende Resultate. Es sind dies die Bahnen Paulinenaue-Neuruppin, Wittenberge-Berleberg, Stargard-Rüdnitz, Glasow-Berkingen und Berleberg-Wittstock, von denen die letztere schon in dem ersten Betriebsjahre einen befriedigenden Ueberschuß geliefert hat. Von den Nebenbahnen, über deren Unterstützung seitens der Provinz früher verhandelt worden ist soll die Bahn Forst-Weißwasser vom Staat erbaut werden.